



Mitteilungen

13. gemeinsame Dienstbesprechung der Vermessungs- und Katasterverwaltung und der Öffentlich bestellten Vermessungsingenieure am 1. und 2. September 2006 in Cottbus

Gemeinsame Fachtagung wieder ein großer Erfolg

Die gemeinsame Fachtagung der Öffentlich bestellten Vermessungsingenieure und der Vermessungs- und Katasterverwaltung des Landes Brandenburg fand in diesem Jahr anlässlich der 850-Jahr-Feier in der Stadt Cottbus statt. Am 1. und 2. September trafen sich über 100 Öffentlich bestellte Vermessungsingenieure und etwa 80 Vertreter der Vermessungs- und Katasterverwaltung des Landes Brandenburg im Konzertsaal des Konservatoriums, um über neue Wege im Vermessungswesen zu diskutieren, technische und rechtliche Entwicklungen kennen zu lernen sowie Erfahrungen auszutauschen. Als Gäste konnten unter anderem Vertreter des Landesbetriebs für Straßenwesen, des Ministeriums für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Verbraucherschutz, der Flurneuordnungsverwaltung, aber auch der BDVI-Landesgruppen Berlin und Mecklenburg-Vorpommern sowie der Vermessungsverwaltungen Berlins, Mecklenburg-Vorpommerns und Sachsens begrüßt werden. Darüber hinaus waren vom polnischen Hauptamt für Geodäsie und Kartographie dessen Präsident Herr Jerzy Albin sowie Frau Skołbania, Frau Malanowicz, Herr Radzio, Herr Leończyk und Herr Zagańczyk sowie von der Wojewodschaft Lebus die Direktorin des

Wojewodschaftszentrums für Geodätische und Kartographische Dokumentation Frau Oreszko und der Direktor des Wojewodschaftsdienstes für Geodäsie Herr Mazur als besondere Tagungsgäste anwesend. Die Grüße des Innenministers überbrachte der Abteilungsleiter im Innenministerium, Herr Keseberg. Der amtierende Oberbürgermeister der Stadt Cottbus, Herr Kelch, hieß die Tagungsteilnehmer in seiner Stadt willkommen.

Wie jedes Jahr standen auf dem Tagungsprogramm vielseitige und aktuelle Themen rund um das amtliche Vermessungswesen wie z.B. Qualitätsverbesserungen im Liegenschaftskataster, Verflechtung von Geobasisdaten und Geofachdaten, aktuelle Entwicklungen im Bauordnungsrecht und nicht zuletzt der in der Abstimmung befindliche Entwurf des Geoinformations- und Vermessungsgesetzes.

Aufgrund der geografischen Nähe von Cottbus und der Niederlausitz zu Polen und mit Blick auf die vollzogene Osterweiterung der Europäischen Union galt das besondere Interesse der Veranstaltung unserem östlichen Nachbarland. Der Stand und die Entwicklung des Vermessungswesens in Polen und die sich aus der EU-Erweiterung ergebenden Chancen für eine Zusammenarbeit mit polnischen Kollegen

waren ein Themenschwerpunkt der diesjährigen Fachtagung. Vorbereitet durch intensive Kontakte des Landesgruppenvorsitzenden des BDVI, Wolfgang Schultz, zum Präsidenten des Polnischen Hauptamtes für Geodäsie und Kartografie in Warschau, Herrn Jerzy Albin, fanden bereits im Vorfeld der Fachtagung Verhandlungen zwischen den Vertretern Polens und den Vermessungsverwaltungen Brandenburgs, Mecklenburg-Vorpommerns und Sachsens statt. Die herausragende Bedeutung von Geoinformationen für Wirtschaft, Verwaltung und Planung in der Grenzregion – insbesondere bei grenzübergreifenden aber auch grenznahen Vorhaben – wurde hervorgehoben.

Auf die Potenziale, die sich für die Grenzregionen zu den neuen EU-Mitgliedsländern ergeben, verwies auch der brandenburgische Abgeordnete im Parlament der Europäischen Union in Brüssel, Herr Norbert Glante, der mit seinem Festvortrag auf den Themenschwerpunkt „Polen“ einstimmte. Über die Organisation des geodätischen und kartografischen Dienstes in Polen sprach anschließend Herr Albin und über das Modernisierungsprogramm berichteten am Beispiel der Projekte Automatisierte Liegenschaftskarte, dem Geoportal sowie dem polnischen Äquivalent zu SAPOS®, die Herren Radzio und Leóńczyk. Für den folgenden rein brandenburgischen Teil der Tagung haben das Innenministerium, die LGB und der BDVI ein anspruchsvolles und dichtes Programm zusammengestellt und mit interessanten und wichtigen Fachthemen gestaltet. Den Hauptschwerpunkt bildeten dabei die Veränderungen, die sich aus der Umsetzung der Strukturreform im

amtlichen Vermessungswesen ergeben. Herr Oswald gab einen Ausblick auf die Strukturreform und in zahlreichen Einzelbeiträgen berichteten Referenten des Ministeriums des Innern sowie Vertreter des BDVI über Einzelaspekte. Insbesondere sprachen Herr Dreßler über das geplante Grenzzeugnis, Herr Schönitz über eGovernment-Projekte und die Einführung des Gebietstopografen, Frau Ehlers über die Ergebnisse des Projektteams Entgelte und die Vereinbarkeit von Amt und Mandat. Über die Vorstellungen des Berufsverbands zum Kostenrecht berichtete Herr Kochmann und Herr Schultz stellte den Stand der Diskussion im Projektteam Berufsrecht vor.

Die Ergebnisse einer Umfrage bei ÖbVI über die Zusammenarbeit mit den Katasterämtern stellte Herr Peter, stellvertretender Vorsitzender der BDVI-Landesgruppe, in seinem Bericht vor – als Schlussfolgerung plädierte er für eine konsequentere Durchsetzung der Einheitlichkeit bei der Führung des Liegenschaftskatasters.

Den zweiten Tag dominierten Vorträge über technische Fragestellungen. Herr Blaser (MI) lieferte einen Werkstattbericht zum Aufbau der berlin-brandenburgischen Geodateninfrastruktur, Herr Gnorski (KVA Uckermark) referierte über die praktische Umsetzung der Ergebnisse des Projektteams Qualitätsverbesserung der Inhalte des Liegenschaftskatasters, Herr Dr. Seyfert über ALK-Daten und ihre Verflechtung mit anderen Geobasis- und Geofachdaten und Herr Sorge wertete in seinem Vortrag die SAPOS®-Kundenumfrage aus. Aus angrenzenden Fachgebieten berichteten der Leiter des Referats „Oberste Bauaufsicht“, Herr Ministerialrat Gröger, zu aktuellen

Mitteilungen

Entwicklungen im Bauordnungsrecht und der Rechtspflege am Amtsgericht Strausberg, Herr Glombitza, über gutgläubigen Erwerb und Zeichenfehlerberichtigung im Liegenschaftskataster.

Eine Fortsetzung der Gemeinsamen Fachtagungen, so der Landesgruppenvorsitzende zum Abschluss der Veranstaltung, steht außer Frage. Neben dem bewährten Erfahrungsaustausch gilt es Probleme zu benennen, die einer zukünftigen Lösung bedürfen. Gegenwärtig stehen Fragen des Berufsrechts und der Einbeziehung der ÖbVI in die Aufgaben bei der Führung des Liegenschaftskatasters auf der Tagesordnung.

Die Abendveranstaltung, traditioneller Ort zur Fortsetzung interessanter Gespräche, war von zwei Höhepunkten geprägt. Zum einen wurden als Ergebnis der bilateralen Gespräche Vereinbarungen über den Austausch von Geobasisinformationen im Bereich der gemeinsamen Grenzen Polens unterzeichnet. Zum anderen fand das kabarettistisch-musikalische Programm des Vermessungsassessors Andreas Bandow und des Pitch-Pipe-Project's begeisterten Applaus.

(Frank Reichert,
Geschäftsstelle BDVI Brandenburg)



Herausforderungen im EU-Erweiterungsprozess

Festvortrag von Norbert Glante, MdEP

In seinem Festvortrag referierte der brandenburgische Abgeordnete im Parlament der Europäischen Union, Herr Norbert Glante, über den EU-Erweiterungsprozess unter besonderer Berücksichtigung des Verhältnisses Polen-Deutschland.

Einleitend erinnerte er an den Überfall Hitlerdeutschlands auf Polen vor 67 Jahren, am 1. September 1939. Dabei habe Deutschland in einer unheiligen Allianz mit der Sowjetunion Stalins dafür gesorgt, dass Polen als souveräner Staat von der Landkarte verschwand. Noch 61 Jahre und drei Generationen nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs sei dies ein nationales Trauma in Polen. Er mahnte, dass jeder Deutsche dies bei der Kommentierung aktueller Schwierigkeiten zwischen Deutschland und Polen im Bewusstsein haben sollte und nicht vergessen darf, dass nicht zuletzt auch Dank der Polen Deutschland nach 40 Jahren seit nunmehr 16 Jahren wieder vereinigt ist. Herr Glante verwies darauf, dass es zurzeit eine ganze Reihe von Ereignissen und Streitpunkten im Verhältnis zwischen Polen und Deutschland gäbe, welche aber vorübergehende Irritationen wären, die früher oder später vergessen sein würden. Es lohne sich immer, den Blick nach vorn zu wenden, anstatt in der Vergangenheit stecken zu bleiben.

Herr Glante erinnerte daran, dass die Verbesserung des Klimas zwischen Deutschland und Polen jeder Regierung ein wichtiges Anliegen sein muss. Seit dem Kniefall Willy Brandts in Warschau sei hier auch viel geschehen und Polen habe sich auf den langen Weg von Ost nach

West gemacht. Dabei gäbe es vor allem seit dem Beitritt Polens zur EU 2004 eine Ebene der Kontakte zwischen Deutschen und Polen. Im täglichen Grenzverkehr jenseits und diesseits der Oder treffen seit Jahren Deutsche und Polen aufeinander und leisteten eine konstruktive und zukunftsweisende Arbeit.

Im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Entwicklung und Zusammenarbeit verwies Herr Glante darauf, dass im Jahre 2004 der Anteil des Außenhandels Polens mit Deutschland 28,9 % betrug und sich der Außenhandel Brandenburgs nach der EU-Osterweiterung außerordentlich gut entwickelt hätte. Die Kontakte von Brandenburger Firmen nach Polen seien dabei im ersten Jahr nach dem Beitritt um 10 %, der Außenhandel von Brandenburg nach Polen ist 2004 überproportional um 22,7 % gewachsen. Vergleichsweise hätte das Wachstum in den EU-Ländern insgesamt 8,2 % betragen. Polen liege jetzt zusammen mit den USA an erster Stelle der Exportländer. Jeder 10. Euro, den Brandenburger Firmen heute im Ausland verdienen, stamme aus dem Nachbarland Polen, das sei rund viermal so viel wie im deutschen Durchschnitt. Die Wirtschaftsverflechtungen würden weiter wachsen. Herr Glante demonstrierte, dass allein im Bereich der EU-Umweltrichtlinien für Polen ein Investitionsbedarf von fast 50 Mrd. Euro bestehen würde. Die Einfuhr aus Polen sei um 15 % gewachsen, in die anderen EU-Länder hätte Polen um 10,5 % mehr investiert. Bei der Einfuhr nach Brandenburg liege der Anteil Polens mit 11 % an zweiter Stelle, nach Russland

mit 38,2 %, aber weit vor dem drittplatzierten Frankreich mit 5,8 %. Im Bereich des IHK-Bezirks Frankfurt (Oder) hätten sich im Jahr 2004 und im Jahr 2005 94 polnische Firmen angesiedelt.

Herr Glante gab einen Ausblick auf die wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit an einem aktuellen Beispiel für die Grenzregion. Dort wären die Länder Brandenburg und Sachsen sowie die angrenzenden polnischen Wojewodschaften Lubuskie, Wielkopolskie und Dolnoslaskie und die tschechischen Bezirke Liberec, Usti und Karlovy Vary dabei, im Rahmen des INTERREG-Projekts 3-CIP „Drei-Länder-Innovationsoffensive“ einen gemeinsamen Wirtschaftsraum zu entwickeln. Im Rahmen der Strukturförderung habe es in der Vergangenheit sehr erfolgreiche Twinning-Projekte¹ in Polen mit engagierter Unterstützung durch die Brandenburgische Landesregierung gegeben. Herr Glante machte deutlich, dass Brandenburg damit einen Betrag geleistet hätte, um unsere polnischen Nachbarn auf die EU und auch auf die neue EU-Förderperiode 2007 - 2013 vorzubereiten. In dieser werden 14,3 Mrd. Euro für die ostdeutschen Bundesländer insgesamt bereit gestellt, wobei Brandenburg statt der bisher 3,1 Mrd. Euro in der neuen Förderperiode 1,9 Mrd. Euro erhalten würde. Polen erhält aus den EU-Struktur- und Kohäsionsfonds in den Jahren 2007 - 2013 voraussichtlich 60 Mrd. Euro. In diesem Rückgang der Mittel für Brandenburg drücke sich in gewisser Weise die Solidarität mit Polen aus,

wobei dies für die anderen Bundesländer ebenso gelten würde.

Herr Glante machte im Weiteren deutlich, dass seit dem EU-Beitritt im Mai 2004 polnische Selbstverwaltungen, Unternehmen und andere Organisationen bereits 5,5 Milliarden Zloty (1,4 Mrd. €) EU-Fördermittel erhalten hätten. Den größten Vorteil aus der EU-Förderung würden Unternehmen, Selbstverwaltungen und andere nicht-staatliche Organisationen ziehen. Weniger günstig sähe es dagegen in der staatlichen Verwaltung aus. In die Einrichtungen im Bereich des Transportministeriums seien z. B. bisher für Maßnahmen der Instandsetzung von Straßen und Bahnstrecken erst weniger als ein Prozent der von Brüssel dafür zur Verfügung gestellten 1,1 Mrd. Euro geflossen. Mehr als 90 Mio. Euro, die für IT-Maßnahmen wie elektronische Steuererklärung und ein neues Personen-Identifikationssystem vorgesehen sind, würden aufgrund von Verzögerungen im Finanz- bzw. Innenministerium ungenutzt warten. Die Europäische Kommission und das Ministerium für Regionalentwicklung würden vor einem Verlust von Millionen und Abermillionen von Fördergeldern warnen, wenn die genannten Projekte des Straßen- und Eisenbahnbaus sowie der Informationstechnologie nicht termingerecht in Angriff genommen werden. Auch Premier Kaczyński hätte jüngst eine „schwarze Liste“ von Institutionen vorgestellt, die zeige, wer das Management der EU-Fördermittel ungenügend beherrsche.

¹ Im Zuge der EU-Erweiterung hat man sich überlegt, dass die Mitgliedstaaten den Beitrittskandidaten helfen sollen, den allgemeinen Standard in der Europäischen Union zu verwirklichen. Dafür werden Verwaltungshilfen angeboten, indem Mitgliedstaaten zu den Neuen kommen und ihnen erklären, wie sie diesen Standard am besten erreichen können. – A.d.R.

Im Weiteren führte Herr Glante aus, dass im Zusammenhang mit der Dienstleistungsrichtlinie in Deutschland die Diskussion über den Mindestlohn in Gang gekommen sei.

Luxemburg habe das höchste Pro-Kopf-Einkommen in der EU und mit 1 503 Euro den höchsten Mindestlohn und zugleich mit 18 % den größten Anteil der Arbeitnehmer, die Mindestlohn erhalten. Im Vergleich dazu liege der Mindestlohn in Polen bei 234 Euro, den 4,5 % aller Arbeitnehmer erhalten. In Großbritannien erhalten 1,4 % aller Arbeitnehmer einen Mindestlohn, der durchschnittlich bei 1 269 Euro liegt. Keinen gesetzlichen Mindestlohn dagegen gäbe es in Österreich, Zypern, Dänemark, Finnland, Deutschland, Italien und Schweden.

In seinen weiteren Ausführungen stellte Herr Glante heraus, dass in Deutschland das öffentliche Vermessungswesen eine besondere Stellung im Dienstleistungsbereich hätte. Die staatliche Vermessungsverwaltung arbeitete gesetzlich abgesichert traditionell gut mit den Öffentlich bestellten Vermessungsingenieuren zusammen. Ihre öffentliche Aufgabe und Zulassung sei ähnlich geregelt wie beim Notarberuf. Grundsätzlich gelte, dass es jedem Staat in eng begrenzten Fällen freisteht, bestimmte Tätigkeiten durch eigene Behörden ausführen zu lassen oder Unternehmen mit diesen zu beauftragen. Grundsätzlich sollten jedoch wirtschaftliche Tätigkeiten nach Möglichkeit staatsfrei gestaltet werden. Von vornherein bleibe also so nur ein sehr enger Bereich originär hoheitlicher Aufgaben.

Hinsichtlich der deutschen Sicht der Dienstleistungsfreiheit und der uneinge-

schränkten Arbeitnehmerfreizügigkeit, so Herr Glante, werde auf deutscher Seite als Vorteile der EU-Osterweiterung die Dynamik auf den Exportmärkten, die für Deutschland positiv ausfallende Bilanz im Handel mit Polen und die Impulse für deutsche Unternehmen in den neuen EU-Staaten gesehen. Von der EU-Erweiterung hätten vor allem technologisch fortgeschrittene und kapitalintensive Branchen profitiert. Andere Wirtschaftsbereiche, die durch hohe Arbeitskostenanteile und unterdurchschnittliche Qualifikationen gekennzeichnet seien, seien allerdings unter Anpassungsdruck auf dem Heimatmarkt geraten. Dies träfe insbesondere die Unternehmen, die sich nicht rechtzeitig auf die Erweiterung eingestellt hätten. Aus deutscher Perspektive seien die politischen Übergangsmaßnahmen mit einer max. 7 jährigen Übergangszeit ausreichend und angemessen.

Herr Glante zeigte auf, dass sich aus polnischer Perspektive die vor dem 1. Mai 2004 befürchteten negativen Szenarien nicht erfüllt hätten. Die Situation auf den Arbeits- und Dienstleistungsmärkten in Polen und Deutschland wird als Beweis angeführt und auf das ausgebliebene Phänomen des Sozialtourismus sowie die geringe Höhe der Arbeitnehmermigration hingewiesen. Untersuchungen der deutschen Botschaft in Polen hätten ergeben, dass in Deutschland sogar weniger polnische Arbeitskräfte als deutsche in Polen arbeiten, ausgenommen die Saisonarbeiter. Die meisten polnischen Arbeitskräfte seien darüber hinaus in den alten, nur wenige in den neuen Bundesländern tätig, wenngleich die Befürchtungen hier besonders groß gewesen wären.

Hinsichtlich der Problematik auf dem Arbeitsmarkt und der Arbeitsmigration legte Herr Glante dar, dass sich die 15 Staaten der EU, mit Ausnahme Großbritanniens, Irlands und Schwedens, dazu entschieden hätten, ihre Türen für Arbeitnehmer aus acht der zehn neuen EU-Mitgliedsländer, welche 2004 der EU beitraten, geschlossen zu halten (gilt nicht für Zypern und Malta). Das so genannte „2+3+2“-System ermögliche es den Mitgliedstaaten, in der Übergangszeit den Arbeitsmarkt zu stabilisieren. Großbritannien, Irland und Schweden hätten ihre Arbeitsmärkte für Arbeitnehmer aus MOE bereits nach deren Beitritt im Mai 2004 geöffnet. Finnland, Spanien, Portugal, Griechenland und jetzt auch Italien hätten die Übergangsregelungen nach der ersten Zweijahresfrist am 1. Mai 2006 aufgehoben, wohingegen Frankreich beschlossen habe, diese in einer über mehrere Jahre verlaufenden Übergangsphase auslaufen zu lassen. Alle übrigen EU-Länder müssten spätestens am 1. Mai 2011 ihre Arbeitsmärkte öffnen, wenn die maximale Übergangsphase bezüglich der Freizügigkeit für Arbeitnehmer ausläuft.

Die britische Zeitung „The Times“ meldete dazu am 22. August 2006:

Großbritannien hat seit 2004 aus den EU- Beitrittsländern Osteuropas 427 000 Arbeitsuchende (davon 240 000 Polen) aufgenommen. Geschätzt wurden offiziell ursprünglich 5 000 bis 13 000 Zuwanderer aus Osteuropa.

Selbständige aus den Bereichen Elektriker, Klempner und aus dem Baugewerbe würden bei den 427 000 Arbeitsmigranten noch gar nicht mitgezählt. Diese Zuwanderung habe in Großbritannien für

ökonomisches Wachstum und zusätzliche Steuereinnahmen gesorgt. Die Einwanderung sei also ein Erfolg. Mit Blick auf die Beitrittskandidaten Bulgarien und Rumänien würde allerdings vor weiteren Zuwanderern gewarnt.

Herr Glante machte deutlich, dass Deutschland im Länderranking an der Spitze stehen würde. Obwohl hier der Arbeitsmarkt für Arbeitnehmer aus den 10 EU-Beitrittsstaaten noch nicht liberalisiert wäre, habe mit 322 000 in Deutschland an Polen im Jahr 2005 erteilten Arbeitsgenehmigungen die Bundesrepublik das größte Kontingent polnischer Arbeitsemigranten. Auch wenn ca. 90 % der ins EU-Ausland vermittelten polnischen Arbeitskräfte nach Deutschland kommen würden, wären dies jedoch zum größten Teil Saisonarbeiter. In der ersten Hälfte des Jahres 2005 hätte ihr Anteil 91,62 % betragen. Herr Glante erörterte, dass die Warschauer Regierung nicht an der Emigration polnischer Arbeitskräfte interessiert sei, da die polnische Wirtschaft angesichts eines Wirtschaftswachstums von 5 % ihre qualifizierten Arbeitskräfte selbst brauchte. Polnischen Firmen fehlen inzwischen Fachkräfte, so dass sie Aufträge nicht ausführen könnten. Zwei Millionen Auswanderer gäbe es seit dem EU-Beitritt. Dies hätte zur Folge, dass die Löhne in Polen steigen, um Arbeitskräfte zu binden. Die Regierung hole ihrerseits vor allem ukrainische Arbeitskräfte ins Land. Im Juli 2006 seien die Einkommen für Arbeitnehmer in Unternehmen mit mehr als neun Beschäftigten um 0,9 % gegenüber dem Juni und um 5,6 % gegenüber Juli 2005 gestiegen. Im Juli 2006 hätte der Durchschnittsbruttolohn 2 648 PLN (672 €) betragen.

Den Ausführungen von Herrn Glante war im Weiteren zu entnehmen, dass viele im Ausland arbeitende Polen sich bei den Heimatbehörden abgemeldet hätten, um zu vermeiden, dass ihr bereits z.B. in Großbritannien versteuertes Einkommen auch in Polen, wo zudem höhere Steuersätze gelten, steuerpflichtig sei. Um die Abwanderung einzudämmen, habe die polnische Regierung jetzt die Doppelbesteuerung aufgehoben. Die meisten Polen wären über die Tatsache verärgert, dass ein Teil der Bevölkerung ihr Land verlässt, um im Ausland zu arbeiten. Andererseits sehen sie ein, dass junge Menschen die Möglichkeiten, eine gut bezahlte Arbeit zu finden, nutzen wollten. Die größte Sorge der breiten Öffentlichkeit wäre, so Herr Glante, dass Migration die Einheit der Familie zerstören könnte, sobald eine Person der Familie Polen verlässt, um in einem anderen Land zu arbeiten und der Rest in Polen bliebe. Es gäbe ganze Städte und Dörfer, in denen die Kinder überwiegend von den Großeltern aufgezogen würden, weil die Mutter dem Vater oft ins Ausland folgt, wobei die Kinder zu Hause blieben.

Hinsichtlich der Entwicklung der Arbeitslosenquote in Polen konnte Herr Glante berichten, dass diese seit 2004 deutlich gesunken sei. So habe die Quote Ende 2003 bei 20 %, Ende 2004 bei 19 % und Ende 2005 bei 17,6 % gelegen. Die diesjährige Juni-Arbeitslosenquote liege bei 16,0 %. Zunehmend gäbe es aber auch deutsche Arbeitsemigranten. So arbeiten beispielsweise über 40 000 Deutsche – überwiegend aus Ostdeutschland – in Österreich, hauptsächlich im Bereich der Gastronomie.

Bei der Frage, wie es mit der EU-Erweiterung weitergehe, stellte Herr Glante klar, dass es für die weiteren Mitglieder klare Bedingungen geben müsste. Insbesondere komme der Vertiefung und dem Konsens über das Gesellschaftsmodell der EU eine besondere Bedeutung zu. Herr Glante sprach sich dabei für eine privilegierte Partnerschaft sowie eine enge Kooperation als Alternative zur Vollmitgliedschaft der Türkei, Bulgariens und Rumäniens aus.

Als Resümee seines Vortrags betont Herr Glante, dass die EU-Erweiterung – bei allen institutionellen Schwierigkeiten (z.B. nicht abgeschlossener Verfassungsprozess!) – für alle Beteiligten ein Erfolg sei. Als Beispiel verwies er dabei darauf, dass ganze Bevölkerungsgruppen in Polen ihre Meinung über die Europäische Union grundlegend geändert hätten, vor allem die vor dem Beitritt sehr europaskeptischen polnischen Bauern. Diese seien ein gutes Beispiel dafür, wie integrierend wirtschaftlich vorteilhafte Entwicklungen in Europa wirke. Neben den wirtschaftlichen Erfolgen verlaufe zunehmend auch die Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt positiv.

In seinem Schlusswort machte Herr Glante deutlich, dass Europa eine gute Verfassung brauche, um alle Zukunftsfragen zu bewältigen. Der Prozess des Zusammenwachsens in Europa sei allerdings ein Prozess mit durchaus offenem Ergebnis. Die Zukunft würde zeigen, ob es eine, sich weiter auch politisch integrierende EU geben wird oder ob Europa ökonomisch ein Riese bleiben würde und politisch ein Zwerg sein wolle, in einzelstaatliche Interessen aufgesplittert und als EU tendenziell nach außen handlungsunfähig.

(Steffi Szazewitz, LGB)

Wichtiger Schritt in der Zusammenarbeit mit Polen in Cottbus vereinbart

Im Rahmen der 13. gemeinsamen Fachtagung konnte eine Delegation hochrangiger Vertreter des Polnischen Vermessungswesens, angeführt von Herrn Albin, Landeshauptgeodät Polens, in Cottbus begrüßt werden. Die polnischen Gäste informierten die Teilnehmer der Fachtagung in drei interessanten Vorträgen über das polnische Vermessungswesen, die Entwicklung des polnischen Geoportals und das Mehraufgabensystem für Präzise Satellitenpositionierung ASG / EUPOS. Der Besuch wurde ferner genutzt, um Möglichkeiten der künftigen länderübergreifenden Zusammenarbeit zu erörtern. An dieser Unterredung mit den polnischen Gästen am Vorabend der Fachtagung nahm neben Herrn Tilly, Präsident des Landesbetriebs Landesvermessung und Geobasisinformation Brandenburg auch Herr Menze, Leiter des Amtes für Geoinformation, Vermessungs- und Katasterwesen des Landes Mecklenburg-Vorpommern sowie Vertreter der Innenministerien Sachsen und Brandenburg teil.

Im Ergebnis konnte eine gemeinsame Absprache über die Zusammenarbeit und über den gegenseitigen Austausch von geodätischen, kartographischen, photogrammetrischen Unterlagen und Geodatenbanken formuliert werden. Innerhalb derer erklären die LGB und der Hauptgeodät des Landes der Republik Polen ihre Absicht, zur Entwicklung gutnachbarlicher Beziehungen beizutragen. Die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Vermessungswesens, der Kartographie und der Photogrammetrie und auf dem Gebiet der Geoinformationssysteme (Raumbezogene Informationssysteme) GIS ist zu vertiefen

und zu entwickeln. Geoinformationen zur Wahrnehmung von Verwaltungsaufgaben sind bereitzustellen. Beide Seiten haben sich darauf verständigt, auf dem Gebiet des gegenseitigen Informationsaustauschs von GIS-Systemen, von geodätischen, kartographischen und photogrammetrischen Unterlagen in analoger und digitaler Form und von Satellitenbeobachtungen aus permanenten GNSS-Referenzstationen zusammenzuarbeiten. Die Unterlagen sollen in einem Streifen von ca. 25 km auf beiden Seiten der Grenze zwischen den Woiwodschaften Lebusier Land und Westpommern und dem Land Brandenburg ausgetauscht werden. Sie sollen der Erstellung von amtlichen topographischen Karten sowie der Aufbereitung von geodätischen und kartographischen Daten für raumbezogene Informationssysteme dienen. Eine gleichlautende gemeinsame Absprache konnte auch zwischen Mecklenburg Vorpommern und Polen formuliert werden.

Die gemeinsamen Absprachen wurden noch während der Abendveranstaltung am 1.09.2006 von den Verhandlungsleitern Herr Albin, Herr Tilly und Herr Menze paraphiert. Damit ist ein bedeutsamer Schritt auf dem Weg der zukünftigen Zusammenarbeit und des gegenseitigen Datenaustauschs im Bereich des Vermessungswesens getan worden.

Direkt im Anschluss übergab Herr Albin die ersten Unterlagen in Form von zwei topographischen Kartenblättern im Maßstab 1:10 000 der Stadt Slubice in analoger und digitaler Form an Herrn Tilly.

Die LGB beabsichtigt in enger Zusammenarbeit mit den Städten Slubice

und Frankfurt (Oder) einen gemeinsamen Stadtplan herauszugeben.

Herr Albin bedankte sich abschließend für die Einladung nach Cottbus und die

konstruktiven Gespräche und lud im Gegenzug deutsche Vertreter zu einer der brandenburgischen Fachtagung ähnlichen Veranstaltung in Polen ein.

(Silke Thomalla, LGB)



Elektronisches Grundbuch jetzt an allen Brandenburger Amtsgerichten

Am 28. Juni 2006 fand im Amtsgericht Brandenburg an der Havel die Abschlussveranstaltung zur Umstellung auf das elektronische Grundbuch statt. Die Ministerin der Justiz Beate Blechinger vollzog mit dem Einschweißen des letzten gescannten Grundbuchs zur Archivierung den symbolischen Abschluss der Grundbuchumstellung im Land Brandenburg. Das elektronische Grundbuch „SolumSTAR“ ist nunmehr flächendeckend bei allen Amtsgerichten im Land Brandenburg ein-

geführt. Das Papiergrundbuch gehört der Vergangenheit an.

Durch das Brandenburgische Oberlandesgericht wurden seit September 2002 insgesamt 11 Personen eingesetzt, welche die vorhandenen 1 122 520 Grundbuchblätter digitalisierten. Insgesamt wurden mehr als 10 Mio. Seiten Papier eingescannt, auf Lesbarkeit, Vollständigkeit und Richtigkeit geprüft und in den jetzt über 140 Gigabyte großen Datenbestand überführt.

Im Umstellungszeitraum wurde bereits seit dem 1. Juli 2004 auch der Datenaustausch zwischen dem Grundbuch und dem Liegenschaftskataster über eine gemeinsame Schnittstelle aufgenommen. Seit Anfang Juni 2006 ist mit Installation im Kataster- und Vermessungsamt Brandenburg an der Havel die Nutzung der Schnittstelle in allen KVÄ realisiert.

Mit dem automatisierten Abrufverfahren SolumWEB besteht für die Kommunikationspartner der Justiz – insbesondere für KVÄ, ÖbVI, Notare und Banken – die Möglichkeit, die Einsicht in das elektroni-

sche Grundbuch über Internet zu erhalten und die benötigten Informationen schnell und zuverlässig abzurufen.

Auf der Abschlussveranstaltung wurde auch ein Ausblick auf die beabsichtigte Vereinheitlichung der Fachverfahren der Justizressorts in Brandenburg und Berlin sowie auf das Redesign des Grundbuchs gegeben. Hierzu sollen die Daten des Grundbuchs bis zum Jahr 2012 bundeseinheitlich und abgestimmt mit der AdV in einen strukturierten Datenbestand überführt werden.

(Andre Schönitz, MI, Potsdam)

Wirtschaftlichkeit von Geoinformationssystemen Kommunale Spitzenverbände unterstützen GIS-Leitfaden

Jedes IT-Projekt soll Arbeitsabläufe effizienter gestalten und Kosten senken - speziell gilt dies im öffentlichen Sektor, wo Steuergelder investiert werden. Vor diesem Hintergrund unterstützen die kommunalen Spitzenverbände den neuen Leitfaden des Vereins Runder Tisch GIS e.V., der erstmals die objektive Planung, Evaluierung und Kontrolle der Wirtschaftlichkeit von Geoinformationssystemen ermöglicht.

Der Leitfaden „Wirtschaftlichkeit von GIS“ war bereits mit Unterstützung der Vermessungsverwaltungen sowie des Städte-tags, des Landkreistags und des Städte- und Gemeindebunds entwickelt worden, um Anwendern von GIS erstmals eine objektive, umfassende und solide Grundlage für die Bewertung von Geoinformationssystemen und deren Anwendung an die Hand zu geben. Jetzt haben sich die kommunalen Spitzenverbände dazu entschieden, ihren Mitgliedern den Leitfaden als aktive Arbeitshilfe zu empfehlen.

Der offizielle Startschuss für den Verkauf fällt am 19. September in München. Bei der diesjährigen Expertenrunde des Vereins Runder Tisch GIS e.V. und der Technischen Universität München stellen Experten die Überlegungen und praktischen Erfahrungen vor, die im Leitfaden „Wirtschaftlichkeit von GIS“ ihren Niederschlag finden.

Der Leitfaden wird zu Preisen zwischen acht Euro in digitaler Form per download und 17,50 Euro in gedruckter Fassung mit CD-Rom im Internet zu bestellen sein. Zielgruppe sind neben den Kommunen auch privatwirtschaftliche GIS-Anwender.

Weitere Informationen unter:

<http://www.leitfaden-gis.de>

<http://www.rundertischgis.de>

(gis-report-news***,
Harzer Verlag, 8/06)

2. GIS-Ausbildungstagung am GeoForschungsZentrum in Potsdam

Potsdamer Erklärung gibt Empfehlungen für anzustoßende Entwicklungen

Am 11. und 12. Mai 2006 fand in Potsdam die zweite Veranstaltung zur GIS-Aus- und Weiterbildung statt. Nach dem großen Erfolg im Jahr 2005 konnten sich auch in diesem Jahr etwa 75 Teilnehmer aus dem deutschsprachigen Bereich mit aktuellen Themen wie „GIS an Schulen“, neue Bachelor- und Masterstudiengänge sowie E-Learning intensiv auseinandersetzen. Wenn auch die Hochschullehrergruppe mit gut 50% den größten Anteil ausmachte, so waren auch dieses Mal eine große Zahl von Teilnehmern aus der Verwaltung (Kommunen, Landeseinrichtungen), der Wirtschaft (Verlage, GIS-Firmen), von Fachgesellschaften wie der DGfK, dem DVW und VDV, aber auch erstmals Lehrer beteiligt.

In einer gelungenen Mischung aus Vorträgen, Diskussionsrunden, Postersessions und online-Demonstrationen konnten sich die Teilnehmer über aktuelle Entwicklungen in der GIS-Ausbildungslandschaft aus erster Hand informieren, Aus- und Weiterbildungsthemen im Umfeld der Geoinformatik fächerübergreifend diskutieren und Erfahrungen austauschen. Geodäten, Informatiker und Geographen als Hardcore-GI-Vertreter trafen auf Umweltwissenschaftler, Planer, Lehrer als GI-Anwender, wodurch die Breite des GIS-Einsatzes in der Aus- und Weiterbildung deutlich zum Ausdruck kam und ein interessanter Spannungsbogen für Diskussionen geboten war.

In einem motivierenden Eröffnungsvor-

trag wies Dr. Joachim Wächter vom GFZ auf die Bedeutung der Geoinformatik im E-Science-Umfeld hin. Die Wissensgesellschaft benötigt raumbezogene Informationen und die Fachdisziplinen sind hier aufgefordert, vernetzt Aktivitäten zu entwickeln.

Schwerpunktthemen für die Vortragsblöcke waren:

- GIS an Schulen
- GIS-Aus- und Weiterbildungsangebote
- E-Learning
- Akkreditierung

In einem weiteren eingeladenen Vortrag unterstrich Professor Dr. Lange von der Universität Osnabrück, dass große Defizite schon in der Ausbildung der Lehramtskandidaten zu GIS-Themen liegen, ebenso aber auch bei den Lehrern in den Schulen Handlungsbedarf besteht, das Thema GIS als Werkzeug und Medium für den Erdkundeunterricht anzunehmen. Das große Engagement, die Erfolge in der Etablierung einer WebGIS-Lösung und die Ausstrahlung solcher Aktivitäten auf viele andere Lehrer in den Bundesländern konnte Lothar Püschel vom Gymnasium zu St. Katharinen in Oppenheim und dem Landesmedienzentrum Rheinland-Pfalz demonstrieren.

In den beiden Postersessions mit etwa 15 Postern wurde ausgiebig weiter diskutiert und Erfahrungen ausgetauscht. In angenehmem Ambiente konnte diese Diskussion in den Mittagspausen oder beim abendlichen Buffet fortgesetzt werden.

Die Veranstalter setzen diese Tagung mit alten und neuen Schwerpunktsetzungen im nächsten Jahr fort. Im Nachgang zur Veranstaltung ist eine Potsdamer Erklärung zum Stand der GI-Ausbildung und dem Bedarf und den anzustoßenden Entwicklungen publiziert worden, um somit auch in Politik und Gesellschaft ein Bewusstsein für die Geoinformation zu schaffen. Die

Potsdamer Erklärung steht im Internet auf der Website des DDGI und auf www.GEObranchen.de zum Download zur Verfügung. Die Beiträge standen auf einer CD gesammelt zur Konferenz bereit.

Weitere Informationen auch unter:

<http://gis.gfz-potsdam.de>

<http://www.ddgi.de>

(Harzer Verlag, gis-report-news,
11/2006)

Was lange währt wird gut!

Am 18.08.2006 war es nun also endlich soweit, erstmalig fand in der Zentralen Aus- und Fortbildungsstätte der Vermessungs- und Katasterverwaltung Eichwalde der offizielle Festakt zur Übergabe der Prüfungszeugnisse an die jungen Vermessungstechniker/innen und Kartografinnen des Landes Brandenburg statt. 40

Jungtechniker/innen und eine Kartografin waren an diesen traditionsreichen Ort gekommen, um nach dem erfolgreichen Abschluss ihrer Ausbildung die Zeugnisse in Empfang zu nehmen.

Den Reigen der Grußworte an die ehemaligen Auszubildenden und die Gäste der Feierstunde eröffnete Herr Peter Haß



als Leiter der Zuständigen Stelle. Der Präsident des Landesbetriebs Landesvermessung und Geobasisinformation Brandenburg, Herr Heinrich Tilly, beglückwünschte in seiner Ansprache die Absolventen zu ihrem Prüfungserfolg und forderte sie auf, sich auch weiterhin allen Anforderungen zu stellen, die ein sich ständig wandelndes Berufsbild von ihnen abverlangt. Auch der Vorsitzende der Landesgruppe Brandenburg des Bundes der Öffentlich bestellten Vermessungsingenieure e. V., Herr Dipl.-Ing. Wolfgang Schultz, ließ es sich nicht nehmen, den Absolventen zu ihrer erfolgreichen Prüfung zu gratulieren. Er bekräftigte, wie wichtig heutzutage eine erstklassige Ausbildung ist, da sie das Fundament bildet, auf dem sich der weitere berufliche Werdegang aufbaut. Um den wachsenden Anforderungen in

der Ausbildung gerecht zu werden, sei es deshalb von elementarer Bedeutung, die „Vernetzung“ der einzelnen Bildungsträger weiter voranzutreiben. In Anwesenheit von Vertretern der Ausbildungsstätten, der beiden Prüfungsausschüsse und der drei Oberstufenzentren, in denen die Vermessungstechniker ihren Berufsschulunterricht erhalten, ehrten Herr Tilly und Herr Schultz die drei Besten des Jahrgangs mit einem kleinen Geschenk. Aus den Reihen der Jungtechniker/innen dankte Frau Christin von Cieszinski im Namen der gesamten Prüfungsteilnehmer allen an der Ausbildung Beteiligten für ihr Engagement.

Durch diese gemeinsame Initiative von BDVI und LGB hoffen wir, einen Grundstein gelegt zu haben, auf den sich eine lange und gute Tradition gründet.

(Robert Tscherny, LGB)

Geodaten ohne Geodäten

LGB06 - ein Fachsymposium mit provokativem Thema

Mit der Veranstaltung „LGB06“ und besonders dem vorgegebenen Thema „Geodaten ohne Geodäten“ fand am 25.08.2006 ein Symposium mit durchaus provokativem Inhalt statt. Vier Referenten aus teils unterschiedlichen Fachgebieten und mit ganz verschiedenen Sichtweisen steuerten Beiträge zum vorgegebenen Thema bei: Prof. Dr. Döllner – Leiter des Fachgebiets Computergrafische Systeme des Hasso-Plattner-Institutes (HPI), Prof. Dr. Asche – Universität Potsdam, Fachgruppe Geoinformatik, EBD Graeff – Präsident des DVW sowie Prof. Dr. Kummer als Vorsitzender der AdV.

Die LGB lud zu der Veranstaltung, die in Zusammenarbeit und in den Gebäuden des HPI arrangiert wurde. Zum Thema sei gesagt, dass bewusst auf die Interpunktion verzichtet wurde. Die Entscheidung, ob Punkt, Frage- oder Ausrufezeichen zu setzen sei „möge bitte jeder nach der Veranstaltung fällen“, eröffnete LGB-Präsident Heinrich Tilly, der durch die 87 Teilnehmer zählende Tagung führte. Die Initialzündung zu LGB06 gab die Sendung im InfoRadio-Berlin-Brandenburg „Treffpunkt WissensWerte: Star Trek“ vom 20.02.2006, bei der „Experten Antworten“ auf Fragen zu Geodaten gegeben haben,

... laut Tilly „geschätzte Persönlichkeiten, aber keine Geodäten“, denn diese saßen nicht auf dem Podium.

Die Referenten ließen nicht vermissen, was das Thema dem Zuhörer versprach und bereits in der Einladung wurden brisante Fragen vorgegeben. „Sind Geodäten Trittbrettfahrer bei der Herstellung und Vermarktung ihrer eigenen Produkte und Entwicklungen geworden?“ (Tilly) „Wo liegen die Chancen für uns und den Standort, die der Umbruch durch neue Märkte und Anwendungen mit sich bringt?“ (Döllner)

Prof. Döllner referierte aus dem Blickwinkel des Informatikers, der herausfordernd bildhaft die überholte Vorstellung der Geodäten von „Gummistiefeln im Schrank“ beschrieb. Für ihn ist klar, dass sich die Erfassung von Daten verändern wird. Der Bogenschlag zum Internet-Nachschlagewerk Wikipedia diene dabei

als Beispiel. Es bestehe die Möglichkeit die Voraussetzungen zu schaffen, dass Geodaten sich im Prinzip selbst erfassen und so eine Art „Geowikipedia“ entsteht. Entwicklungen unterliegen dabei immer wieder auch einer gewissen Eigendynamik, der man sich bewusst sein muss. Das Datenformat XML beispielsweise hat sich wie von selbst durchgesetzt. Es ist heute kein Thema mehr, es wird akzeptiert.

So wird sich auch eine Diskussion darüber, ob Daten zur Verfügung stehen, erübrigen, wenn es nur noch um die Schnelligkeit der Bereitstellung geht. Über den Sinn und Zweck einer Datenbereitstellung wird am Ende die Menge der Nutzer entscheiden.

Prof. Döllner, der sich nicht sicher ist, ob Geodäten für die Erfassung, Prozessentwicklung, Modellierung und Bereitstellung von Geodaten notwendig sind, hob aber klar hervor, dass Verwaltungsbelange nicht den Ausschlag geben dürfen. Daten



müssen grenzübergreifend abgegeben werden können, da kann an einer Landesgrenze nicht halt gemacht werden.

Aus Sicht eines Geographen sprach Prof. Asche und machte mit der Schilderung ei-

Als eine Herausforderung sieht er bei obsoletem Monopol der Geodäsie auf Geodaten die Überprüfung des gesetzlichen Auftrags. Eine von ihm benannte Perspektive ist die Bewahrung als kommerzieller

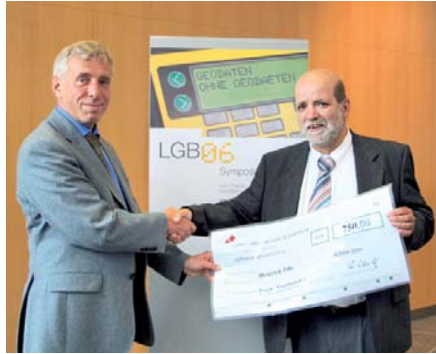
Mitbewerber im Geodatenmarkt bei konsequenter Entstaatlichung. Geodaten ohne Geodäten! Die Ausführungen von Döllner und Asche führen wohl zu der klaren Aussage, dass das Fachwissen in seiner Bedeutung in die zweite oder dritte Reihe gerutscht ist.

Die launige Anmerkung des DVW-Präsidenten Hagen Graeff zu Beginn seines Statements, die Achillessehnen seien ihm durchschnitten worden, beschrieb seine körperliche Verfassung, wie auch den Eindruck seiner

Vorredner. Graeff nutzte die Gelegenheit, die eine oder andere Darstellung der Referenten abzuwägen und mochte bedacht haben, wie frei sogenannte frei verfügbare Geodaten wirklich sind. Auch stellte er klar, dass Geodaten nicht hoheitlich sind wohl aber hoheitlichen Bedingungen unterliegen.

Für Graeff ist aber unzweifelhaft ein Umdenken angesagt. Er hält die Geodäten für zu langsam, zu wenig auf den Kunden zugehend und zu wenig netzorientiert. Die

Fachlich und sozial



Wolfgang Schultz, Vorsitzender der BDVI-Landesgruppe Brandenburg, überreicht dem Präsidenten der LGB für ein Schulprojekt der Organisation Plan International einen Scheck in Höhe von 750 Euro.

Heinrich Tilly hatte aus Anlass seines Geburtstages nach dem Fachsymposium zu einem Imbiss geladen und darum gebeten, von Geschenken abzusehen und das Projekt in Nepal zu unterstützen. Auch zahlreiche Kollegen beteiligten sich mit einer Spende zugunsten des Projekts von Plan International.

nes zeitlichen Abrisses die Entwicklung der Bedeutung des Geodäten deutlich. Nach seiner Schilderung unterliegt das frühere Quasimonopol des Berufsstands Geodäsie nicht nur einer Veränderung, es passt nicht mehr in die Zeit. Durch grundlegenden Technologiewandel bei der Erfassung und Verarbeitung von Geodaten außerhalb der Geodäsie spricht Asche von einer Informationsrevolution. Dabei ist Expertenwissen für den Massenmarkt implementiert. Fachliche Vorbildung ist kein Garant.

Als Fazit stellte er die Frage, wohin die Geodäsie gehe und zitierte dabei für eine kritische Betrachtung das Wissensmanagement Bund Online 05/2005, in dem es unter anderem sinngemäß heißt: „Die Nutzung von Geodaten und Geoservices scheitert an organisatorischen Hemmnissen“, „Fachbehörden geben ihre Daten ungern preis“ oder „Die Zuständigkeiten für Geodaten sind im föderalen deutschen System sehr zersplittert“.

Folge dessen wird sein, dass „wir vom Markt verschwinden werden, aber nicht ganz, denn der Auftrag der öffentlichen Hand wird bleiben“. Fakt ist aber, dass es ohne Geodäten keine Geodaten gibt und ohne Kunden auch nicht.

Prof. Kummer – durchaus bereit für ein Kompliment an Prof. Asches Hinweis zu Helmerts Geodäsiedefinition von 1880 – stellte eine klare Aussage an den Anfang seiner Ausführungen: Geodaten ohne Geodäten? – geht so nicht. Gleiches gilt für die Aussage „Geofachdaten seien ohne Geodäsie denkbar“ oder „das amtliche deutsche Vermessungswesen verliere an Bedeutung“. Er sieht für den Umbruchprozess zum eGovernment die neutrale Begleitung durch den Staat von hoher Wichtigkeit. Dabei sind die Anforderungen, die er formuliert, scheinbar einfach aber zugleich präzise und überzeugend. So müssen die Länder versuchen, die Geodatenportale etwa zeitgleich zum Laufen zu bekommen und „wir müssen uns gemeinsam in einer Sprache bemerkbar machen“. Was wir dazu brauchen sind gute Leute im Management, Wirtschaftlichkeit und eine Portion Optimismus, auf keinen

Fall eine „geodätische Jammerkultur“. Zudem brauchen Geodäten entsprechende Kompetenzen und Kapazitäten und dafür müssen sie etwas tun.

LGB06 entpuppte sich als ein erfrischend offen geführtes Diskussionsforum, das u. a. Fragen hervorbrachte, wie: „Ist alles gut organisiert, wie es organisiert ist?“ oder den „gesellschaftlichen Bedarf in unsere Handlungen einzubeziehen“ benannte. Auch die Forderung nach einem Qualitätsmanagement, das auch historische Daten berücksichtigt, wurde klar ausgedrückt.

Trotz beträchtlich unterschiedlicher Auffassungen und Darstellungen der Referenten und der Tatsache, dass es womöglich keine Geodaten ohne Geodäten gäbe – in die Zukunft geschaut scheint klar: Geodaten mit Geodäten – das geht nicht einfach so. Es gilt die Zusammenarbeit mit starken Partnern anzustreben, mit anderen Fachbereichen Hand in Hand zu gehen, sich am Markt zu orientieren. Dann können die Geodäten weiter entscheidende Beiträge leisten, dann kann das Fazit heißen:

Geodaten nicht ohne Geodäten!

(Oliver Flint, LGB)

Arbeitsgruppe der Deutschen Geodätischen Kommission (DGK) und der Arbeitsgemeinschaft der Vermessungsverwaltungen der Bundesrepublik Deutschland (AdV) tagte in Potsdam

Am 18. und 19. September 2006 fand in Potsdam die 43. Tagung der „Arbeitsgruppe Automation in Kartographie, Photogrammetrie und GIS“ (AgA) statt. Ausrichter waren die Landesvermessung

und Geobasisinformation Brandenburg und das Hasso-Plattner-Institut (HPI) der Universität Potsdam.

Die AgA ist eine Arbeitsgruppe der Deutschen Geodätischen Kommission

(DGK) und der Arbeitsgemeinschaft der Vermessungsverwaltungen der Bundesrepublik Deutschland (AdV). Sie wurde vor über drei Jahrzehnten gegründet, um die rechnergestützte amtliche Kartographie zu entwickeln und zu fördern. Heute sieht sich die AgA als Diskussionsplattform für neue Hard- und Softwareprodukte, Arbeitsverfahren und anwendungsbezogene Entwicklungen in Kartographie, Photogrammetrie und GIS.

Die AgA richtet sich in ihren jährlichen und kostenfreien Tagungen gleichermaßen an Behörden, Firmen und wissenschaftliche Einrichtungen. Auf den Tagungen werden neueste Forschungsarbeiten, aktuelle Entwicklungen im Firmenbereich sowie der Stand der Entwicklungen und Anforderungen in der amtlichen Kartographie und Geoinformatik vorgetragen. Die Präsentationen werden auf der Homepage www.ikg.uni-hannover.de/aga veröffentlicht und in den Mitteilungen des Bundesamtes für Kartographie und Geodäsie publiziert. Leiterin der AgA ist Frau Prof. Dr.-Ing. habil. Monika Sester.

In der Begrüßung der ca. 60 Teilnehmer durch Herrn Tilly, Präsident der LGB, hob er den Nutzen für die LGB hervor, der beispielsweise in der Nutzung der Programme Change, Push und Typify zur automatischen Gebäudegeneralisierung, -verdrängung und Zusammenfassung mündete.

Traditionell begann anschließend die Tagung ihre Arbeit mit der Diskussion der Tätigkeitsbericht der teilnehmenden Behörden und Institutionen sowie den Kurzberichten über Neuentwicklungen aus dem Firmenbereich.

Die Ansätze zur Generalisierung kartographischer Daten sind weit fortgeschritten und scheinen bald zur Marktreife zu gelangen. Wenn diese erreicht ist, revolutionieren sie die Herstellung topographischer Karten.

Die rasante Entwicklung auf dem Gebiet der 3D-Stadtmodelle wurde in den Vorträgen von Herrn Prof. Döllner (HPI) und seinen Mitarbeitern deutlich, die ausgefeilte Ansätze zur Verfeinerung der Modelle sowie zur Nutzung der Modelle im Zusammenhang mit Verkehrsströmen vortrugen.

In vielen Vorträgen wurde auf die Bedeutung des Aufbaus von Geodateninfrastrukturen hingewiesen; dies macht sich auch in der vermehrten Bereitstellung von Informationen über Geodatenportale sowie die Standardisierungsbestrebungen zu Metadaten bemerkbar, auf die sich eine Reihe von Vorträgen bezogen.

Abschließend konnten sich die Teilnehmer bei einer Führung durch die LGB von dem Stand der Arbeiten des DGM, der DTK und insbesondere des DLM50.2 überzeugen.

(Erik Theile, LGB)

Newsletter der LGB wird ein Jahr

Vor nahezu einem Jahr, im November 2005, waren wir gespannt, wie er angenommen würde – der neue Newsletter der LGB. Als dann die „Geobasis-News

11/2005 – Aktuelle Informationen der Landesvermessung und Geobasisinformation Brandenburg“ im elektronischen Posteingang waren, hatte eine intensive

Vorbereitungsphase von nahezu einem halben Jahr, die in diesem Produkt steckte, ihren Abschluss gefunden.

Mittlerweile gibt es einen gewachsenen festen Abonnementkreis, der sich regelmäßig über Neuigkeiten in der LGB, in ihrer Angebotspalette aber auch in ihrem Wirken informieren möchte. 12 feste Ausgaben sind pro Jahr geplant. In kurzen, informativen Beiträgen wird Aktuelles mitgeteilt und dann auf Hintergrundinformationen verlinkt. Diese Vorgehensweise hat sich bisher bewährt. Ausdruck dafür sind die in diesem Zusammenhang sprunghaft gewachsenen Zugriffe auf die Internetpräsentation der LGB auf <http://www.geobasis-bb.de/>. Fester Bestandteil des Newsletters ist der Hinweis auf die neu-

esten Topographischen Karten und andere neue oder aktualisierte Produkte, aber auch auf Aktivitäten der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die Ankündigung und Nachbetrachtung von Veranstaltungen.

Um ein Abonnement des Newsletters, das natürlich kostenfrei ist, in Zukunft noch attraktiver zu machen, sollen ein Archiv aller bisher erschienenen Ausgaben eingerichtet und noch mehr aktuelle Angebote exklusiv für Abonnenten integriert werden.

Sollten Sie Interesse bekommen haben, können Sie sich auf:

<http://www.geobasis-bb.de/LGB1/service/newsletter.html> als Abonnent kostenlos registrieren lassen.

(Ulrich Rath, LGB)

Kanada verwirft Plan, den Verkauf analoger Karten einzustellen

Der Kanadische Kartenvertrieb hat die Abgabe analoger Karten nicht eingestellt. Die vorhergehende Regierung hatte beschlossen, die Verkaufsstellen für Karten, die die regionalen Wiederverkäufer mit großmaßstäbigen Karten versorgte zu schließen, um zukünftig nur noch digitale Daten bereitzustellen.

Der neue Minister für Bodenschätze gab am 11. Oktober 2006 bekannt, die Kartenverkaufsstellen weiterhin geöffnet zu lassen. Ein Sprecher des Ministers begründete den Beschluss damit, dass das Ministerium eine Flut von Protestbriefen erhalten habe.

Ein Großanwender zum Beispiel argumentierte gegen den Plan, die Karten nur

noch über das Internet bestellen zu können damit, dass ein Drittel der kanadischen Bevölkerung noch keinen Internetanschluss habe. Ein weiteres Argument war, dass eine große Anzahl von Kartennutzern die analogen Karten den digitalen Karten vorziehen würden, weil man sie ausbreiten kann und man dadurch eine bessere Übersicht bekommt. Dazu wird die Auffassung zitiert: „Wenn man etwas plant oder nach etwas sucht, muss man den Beginn und das Ende sehen können. Wie kann man das an einem Bildschirm?“

(Quelle: <http://www.cbc.ca>)

Dr. Eckhardt Seyfert, LGB

DVW-Veranstaltungen 2006

Seit Ende 2005 ist die DVW ein Teil der Vermessung Brandenburg

- ⇒ **Die Gradmessung im Königreich Sachsen 1862 bis 1890 - Die Großenhainer Grundlinie**
(Großenhain, 2.09.2006, Dipl.-Ing. Andreas Reinhold, BKG Frankfurt, Außenstelle Leipzig) Individuelle Anreise. Treffpunkt: 9:50 Uhr Großenhain Parkplatz Kulturhaus „Schloss Großenhain“
- ⇒ **Bewertung von Flächen für die Landwirtschaft - inner- und außerlandwirtschaftlicher Verkehrswert**
(Potsdam, 7.09.2006, Dr. Jörg Möhl, Berlin)
- ⇒ **Wertermittlung aus finanzwirtschaftlicher Sicht - Hintergründe und Inhalte der Beleihungswertermittlungsverordnung (BelWertV)**
(Berlin, 21.09.2006, Achim Reif, Verband Deutscher Pfandbriefbanken)
- ⇒ **Digitale Kameras in Tachymetern und GNSS Rechnern - Kombinierte Messverfahren in der Geodäsie**
(Potsdam, 19.10.2006, Reiner Kowalewski)
- ⇒ **Digitales Luftbilddatenmanagement - Moderne Fachanwendungen im praktischen Einsatz**
(Cottbus, 23.10.2006, Dipl.-Ing. Robby Scholz, GEOTEC Prenzlau)
- ⇒ **Gemeinsame Veranstaltung mit der Deutschen Gesellschaft für Kartographie, Berlin-Brandenburg**
(Berlin, 2.11.2006)
- ⇒ **Facility-Management - eine Aufgabe für Geodäten?**
(Cottbus, 13.11.2006, Prof. Dr.-Ing. Dietrich Reiblich, fm-one Management Services GmbH)
- ⇒ **Potentiale hochauflösender Satellitendaten für das Monitoring urbaner Räume**
(Potsdam, 30.11.2006, Dipl.-Ing. Annett Frick, Luftbild und Planung GmbH, Potsdam)
- ⇒ **Geodätische Methoden in der Verkehrsunfallforschung**
(Berlin, 1.03.2007, Prof. Dr.-Ing. Wolfgang Niemeier, TU Braunschweig)

Weitere fachliche Veranstaltungen:

- ⇒ **INTERGEO®** (München, 10.- 12.10.2006)
- ⇒ **Ingenieurvermessung 2007, 15th International Course on Engineering Surveying**
Nächster Internationaler Kurs für Ingenieurvermessung an der TU Graz (TU Graz, Austria, 17.- 20.04.2007)

Veranstaltungsort und -beginn:

TU Berlin, Hörsaal BH 1058 (Ostflügel), Straße des 17. Juni 135, Beginn: 17.00 Uhr
GFZ Potsdam, Haus H, Seminarraum 1+2 des GeoForschungsZentrum, Telegrafenberg, Beginn: 17.00 Uhr

BTU Cottbus, Hörsaalgebäude des Audimax, Seminarraum 3, Cottbus, Karl-Marx-Str. 17, Beginn: 16.00 Uhr

Hinweise und aktuelle Veränderungen finden Sie im Internet unter www.dvw-lv1.de

10 Jahre Vermessung Brandenburg: Wie sehen die Leser ihre Fachzeitschrift?

In unserer letzten Ausgabe haben wir uns an Sie, liebe Leserinnen und Leser, mit der Bitte gewandt, an der Weiterentwicklung von Vermessung Brandenburg zu einer zuverlässigen und breiten Wissensplattform mitzuwirken. Zahlreiche Abonnenten haben die Möglichkeit genutzt und sich die Mühe gemacht, den Fragebogen zu beantworten und Vorschläge für neue Themen zu unterbreiten.

Dafür möchten wir uns recht herzlich bei Ihnen bedanken! Darum haben sich auch das Dezernat Vertrieb und Öffentlichkeitsarbeit der LGB und das Redaktionsteam von Vermessung Brandenburg gründlich mit den zum Teil sehr ausführlichen und anregenden Zuschriften beschäftigt. Eine grundsätzliche Einschätzung vorweg:

Es überwiegt deutlich die Anerkennung für die Macher des Blattes und das Fazit aus Ihren Schreiben könnte lauten: Sie sind zufrieden mit uns! Weiter so auf dem bisher beschrittenen Weg! Aber das heißt für Sie und uns nicht Stillstand und Stagnation. Denn Sie unterbreiteten uns viele interessante Vorschläge und Anregungen, die wir für die kommenden Ausgaben im Blick behalten und die uns in Zukunft Ansporn sein werden, Ihnen immer wieder aufs Neue Qualität zu liefern. Dabei wollen wir mit Ihnen in einem ständigen Dialog sein, damit unsere Zeitschrift lebendig bleibt und noch mehr zum Forum wird, zum Austausch von Ideen und Erfahrungen beiträgt. Dies geschieht offensichtlich auch schon vor Ort, denn bei 24 Prozent der Befragten lesen 3 und mehr Personen

eine Ausgabe. Schön wäre, wenn sich dies noch mehr durch Autorenbeiträge aus der Praxis widerspiegeln würde. Ungleich vielfältiger als noch vor 10 Jahren sind heute die Kommunikationsmöglichkeiten und doch behält etwas Gedrucktes und damit auch unser Heft einen bleibenden, auch dokumentarischen Wert. So nimmt eine große Anzahl der Leserschaft (42 Prozent) unsere Zeitschrift auch nach dem ersten Durchblättern wieder und wieder zur Hand. Wichtig ist uns auch die Sachkompetenz und Praxisbezogenheit der Vermessung Brandenburg. Dies spiegelt sich vor allem darin wider, dass 63 Prozent von Ihnen den Nutzen der Zeitschrift für Ihre berufliche Praxis und Weiterbildung als sehr hoch oder hoch einschätzen, wobei es noch deutliche Reserven bei den Spitzenwerten gibt. Da verwundert es nicht, dass Themen, die Verfahren und ihren Einsatz in der Praxis behandeln, im Vordergrund des Leserinteresses stehen. Aus den unterbreiteten Themenvorschlägen wird zudem ersichtlich, dass sich jeder Berufszweig, mitunter auch jede Arbeitsaufgabe des Vermessungswesens im Heft wiederfinden möchte: Mehr aus den Kataster- und Vermessungsämtern, mehr aus den Gutachterausschüssen, mehr von den Öffentlich bestellten Vermessungsingenieuren! Vermessung Brandenburg lebt durch seine Leser und ihre Zuschriften, wird bunter durch Ihre individuelle Handschrift. Darum würden wir uns freuen, wenn auch Sie sich künftig einreihen in die mittlerweile große Autorenschar.

Auslosung zur Leserumfrage



Steffi Müller zieht als Glücksfee die Gewinner unter justizieller Aufsicht von Andreas Lorsch

Unter allen bis zum 15. Mai 2006 eingegangenen Rücksendungen des ausgefüllten Fragebogens wurden unter justizieller Aufsicht die folgenden Gewinner ermittelt:

1. Preis	Gerold Noack
Einen Satz der seinerzeit reproduzierten	FH Lausitz, Cottbus
Sektionen des Schmettauschen Kartenwerkes	
2. Preis	Prof. Dr. K.-H. Thiemann
Vier Wanderkarten oder eine	Uni Bundeswehr, München
Luftbildvergrößerung nach Wahl	
3. Preis	Knut Seibt
Faksimiledruck	ÖbVI, Berlin
„Der Normal-Höhenpunkt für das Königreich Preußen“	
4. Preis	Ulrich Wolff
Bildkalender 2007 der LGB über	ÖbVI, Werder (Havel)
Technische Denkmäler in Brandenburg und Berlin	

(Ulrich Rath, Dezernat Öffentlichkeitsarbeit der LGB)